

LASSALLE AN RODBERTUS. (Abdruck.)

Berlin, 2. Mai 1863.

Verehrter Herr!

Ich erhalte soeben Ihren Brief mit der Tübinger Kritik. (Ist der Helferich der Berliner Psychologe?)¹⁾ Ich antworte Ihnen umgehend, um Ihnen zu sagen, daß mein Gedächtnis besser war als mein Auge und daß ich heute auch den zweiten Band von Thünen hier glücklich gefunden. Meine Bibliothek ist nämlich neulich bei meinem Umzuge — im selben Hause, aber in andere Zimmer — am 1. April in schmählige Verwirrung geraten.

Das Mißverständnis fliegt wie ein Ball herüber und hinüber. Wer wird ihn zuletzt behalten? Denn gewiß habe ich Ihnen das nicht einen Moment im Ernste zugetraut, daß Sie dem Arbeiter zehn Silbergroschen zum Lohn zulegen lassen wollen usw. Meine Ausdrucksweise — ich habe jetzt nie mehr die geringste Zeit zur Überlegung präziser Fassung — war noch roher als die Ihrige und sollte nur sagen: da es doch auf diese Weise nicht geht, so ist mir zur Zeit noch nicht klar, auf welche Weise es überhaupt gehen könnte.

Wären Sie es nicht gerade, welcher — allerdings noch in mystischer Weise — behauptet, daß es ginge, durch ein praktisch ausführbares Gesetz dem Arbeiter in Fabrikation und Handel eine Gewinnquote zu sichern, so würde ich einfach sagen: es geht nicht. Da Sie es aber behaupten, will ich nicht vorgreifen.

Über die vier Punkte denke ich wie Sie.

Daß erstens die Kosten sich nicht nach dem Arbeitslohn regulieren — ist ja schon lange durch Ricardo und seine Schule bewiesen; nicht nur als eine in der Lehre derselben enthaltene Konsequenz, sondern es ist auch eine von ihr direkt gezogene Konsequenz.

Daß zweitens das Kapital „gespart“ wird („angesammelt“ nach Freund Schulze) ist ja überhaupt ein Unsinn, überdies auch nur aus der Verwechslung der Einzelwirtschaft und ihrer Erscheinungen mit der Nationalproduktion entstanden.

Daß drittens die Höhe des Arbeitslohnes im Verhältnis zu dem in der Nation ersparten Kapital stehe — ist mindestens schon durch die Prinzipien der Ricardoschen Schule widerlegt, häufig auch direkt.

Und daß viertens der Arbeitslohn aus dem Kapital bezahlt werde — ist ein Satz, den man nur bei einer ganz schiefen Auffassung des Begriffes: Kapital aufstellen kann.

¹⁾ Nicht dieser, sondern Johann Alfons Renatus Helferich (1817—1892), damals Professor der Nationalökonomie in Göttingen, hatte in der Tübinger Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft 1851 einen Aufsatz über Thünen veröffentlicht.

Aber trotz des Einverständnisses in allem diesem bleibt mir dennoch das Wie? Ihres Gedankens noch mystisch. Vielleicht trägt die Schuld daran, daß ich in jetziger Zeit weder die geringste Muße noch Sammlung habe nachzudenken. Ich glaubte bis heran — in bezug auf die Fabrikation, auf die Kapitalrente überhaupt — daß die Sache nur via facti gemacht werden könne. Weit eher würde ich in bezug auf die Abolition der Grundrente einen praktisch ausführbaren Weg durch bloße Gesetze sehen. —

Daß die Assoziation mit Staatsmitteln jenes Resultat, das wir gemeinschaftlich wollen, haben müßte, bestreiten Sie wohl nicht.

Wenn ich etwas in meinem Leben gehaßt habe, ist es die kleindeutsche Partei. Alles Kleindeutsche ist Gothaerei und Gagerei (falsch gebildet von Gagern)¹⁾ und reine Feigheit. Vor anderthalb Jahren hielt ich hier einmal bei mir eine Versammlung meiner Freunde ab, worin ich die Sache so formulierte: Wir müssen alle wollen: Großdeutschland moins les dynasties.

Ich habe in meinem Leben kein Wort geschrieben, das der kleindeutschen Partei zugute käme, betrachte sie als das Produkt der bloßen Furcht vor: Ernst, Krieg, Revolution, Republik, und als ein gutes Stück Nationalverrat.

Überdies bin ich ja in meinem „Antwortschreiben“ in dem wenn auch kurzen Satze von dem „Dogma der preußischen Spitze“ deutlich genug gewesen.

Aber eben weil mir diese Partei und ihre Faseleien immer so unendlich zuwider waren, habe ich ihre Debatten nicht so im Näheren verfolgt — nur in der Wissenschaft habe ich mir immer die Selbstüberwindung aufgelegt, auch alles das ruhig zu lesen, was mich vomieren machte. In der Politik nicht. Ich habe nie die Koburger Debatten gelesen und so weiß ich nichts von dem mir sehr gelegen kommenden Faktum, daß Schulze daselbst die Reichsverfassung herunterriß. Können Sie mir seine Rede oder die Zeitungsberichte darüber schicken? Wäre mir sehr lieb. Ich würde in der Rede in Frankfurt, wenn es die Zeit irgend erlaubt — denn worüber muß ich da nicht alles sprechen! — mir eine furchtbare Waffe daraus zimmern können.

Wenn es also möglich ist, schicken Sie mir das, statt des Thünen.

Meinen Artikel in der „Deutschen Allgemeinen“²⁾ habe ich Ihnen heute zugesendet.

Mit der herzlichsten Hochachtung ganz

Ihr
F. Lassalle.

¹⁾ Heinrich von Gagern (1799—1880), der Präsident der Frankfurter Nationalversammlung von 1848 und das Haupt der kleindeutschen Partei in der Paulskirche.

²⁾ Siehe Bd. V, S. 151. Der Artikel erschien am 2. Mai.

Das Komitee, dem ich geschrieben, Ihnen die Rechnung durch Wigand für den Druck Ihres Briefes Ihrem Wunsche gemäß zuzusenden, schreibt mir zurück, daß es Anstand nähme, hierauf einzugehen, weil der Verkauf des Briefes doch die Kosten decken und wohl noch Überschuß abwerfen würde. Inzwischen, die Arbeiterkasse wird noch Geld genug brauchen. Ich wollte aber nicht wieder eigenmächtig verfahren und frage daher an, was ich antworten soll.

13.

RODBERTUS AN LASSALLE. (Original.)

Jagetzow, 4. Mai 1863.

Hierbei, geehrter Herr, Thünen II. Sie werden sich über das Buch freuen.

In dem Statutenentwurf wird als Zweck lediglich die Herstellung des allgemeinen Stimmrechts bezeichnet. Da Sie nun als Motiv das bekannte soziale Ziel genannt haben, so beschränken Sie den Zutritt zum Verein von zwei Seiten: Weder kommen die sozialen Freunde, die Gegner des allgemeinen Stimmrechts sind, noch die Freunde des allgemeinen Stimmrechts, die unsere sozialen Gegner sind — wenn nämlich Ihre Ansicht richtig ist, daß die Feinde draußen bleiben werden. Viel besser wäre die Sache dann immer noch nicht, da Sie Ihre Stimmrechtsarmee geschwächt. Dieser Übelstand wäre zu vermeiden gewesen, wenn Sie mit Ihren Leipziger Freunden das Motiv in petto behalten und nur das allgemeine Stimmrecht als Ziel aufgestellt hätten, was Sie bei Ihrer Ansicht, daß dies Recht unausbleiblich zu unserem sozialen Ziele führen werde, auch eigentlich hätten tun müssen. Dabei wäre also die soziale Agitation verfrüht gewesen.

Dennoch ist es, wie Sie sehen, nur diese letztere, die, wie sie allein Widerstand erregt, Ihnen auch nur allein Kraft gibt. Schon gegenwärtig tritt Ihr statutenmäßiges Ziel völlig in den Hintergrund, und so werden Sie auch in Ihren Vereinsberatungen fortwährend gezwungen sein, über die statutenmäßige Schnur zu hauen und sich statt mit Ihrem ausgesprochenen alleinigen nächsten Zweck mit dem entfernteren unausgesprochenen Endzweck beschäftigen müssen. Genug, es wird Widerspruch und Unklarheit in Ihre Bestrebungen kommen. Zudem finde ich die bloße Agitation für das allgemeine Stimmrecht der Tätigkeit und den Machtmitteln eines Arbeitervereins nicht ganz entsprechend. Sie scheint in der Tat, wie das Beispiel der vom guten Uhlich¹⁾ geführten Magdeburger zeigt, nicht Anziehungskraft genug zu haben. Die Magdeburger Erklärung paralyisiert im Grunde schon Ihren bloßen Allgemeinen

¹⁾ Leberecht Uhlich, der Gründer der protestantischen freireligiösen Bewegung, stand den liberalen Arbeiterbildungsvereinen nahe. Vgl. auch Bd. V, S. 347.